66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 4,50 M., Reklameteil 18,– M. Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 149.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36,– Mk., monatlich 12,– Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Freitag, 1. April 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Streikbeschluß der städtischen Elektrizitätsarbeiter.

Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Berlin haben am Donnerstag abend in einer Versammlung in der Brunnenstraße beschlossen, in den Ausstand zu treten. Die Mitteilung von der Verwundung des abgesetzten Betriebsrates Sylt und seine vorher erfolgte Entlassung aus den städtischen Werken haben mit dazu beigetragen, die Arbeiter zu ihrem übereilten Beschluß zu bewegen. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Elektrizitätsarbeiter Groß-Berlins zu dieser Versammlung eingeladen waren, daß aber nur etwa 400 erschienen waren, u. a. nur 4 aus Charlottenburg, die erklärten, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen könnten. Etwa 250 stimmten für den Streik und etwa 125 dagegen.

Wie wir aus unterrichteter Quelle erfahren ist die Stimmung der Arbeiterschaft zurzeit gegen einen Ausstand, als dessen Ziel die Kommunisten die Befreiung Sylts bezeichnen. Eine erforderliche Abstimmung in den Betrieben würde die nötige Zweidrittel-Mehrheit kaum aufweisen können.

Rückkehr König Karls nach der Schweiz?

Wien, 31. März.

Wie die Politische Korrespondenz erfährt, teilte der ungarische Geschäftsträger der österreichischen Regierung mit, daß Exkönig Karl in die Schweiz zurückkehren werde.

Wien, 31. März.

Nach Mitteilungen einer Korrespondenz ist es wahrscheinlich, daß Exkönig Karl in Steinamanger zunächst den Verlauf der morgigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung abwarten wird.

TU Wien, 31. März.

In der Umgebung des Exkönigs Karl gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Majorität der Nationalversammlung sich für Exkönig Karl entscheiden werde, wodurch die Entente vor ein Fait accompli gestellt würde. Nur für den Fall, daß die Nationalversammlung gegen Karl sich entscheiden sollte, würde der Exkönig an der Spitze der Truppen den Versuch unternehmen, nach Budapest zu ziehen.

In den Kreisen der tschechischen und der südslawischen Politiker wird auf das allerentschiedenste erklärt, daß man jedem Versuch einer Restauration der Habsburger in Ungarn mit Gewalt entgegentreten werde.

Die Ausrufung der Militärdiktatur in Steinamanger soll gestern abend unter Glockengeläute bei Illuminierung der Stadt erfolgt sein.

Ein ungarisches Dementi.

Budapest, 31. März.

In Verbindung mit de ohne Wissen der ungarischen verantwortlichen Persönlichkeiten erfolgten „Besuch“ des Königs Karl in Ungarn bringt das Wiener „Acht Uhr Blatt“ Aeußerungen des Sektionschefs Dr. Schlager, wonach Oberst Lehar sich mit seinen Truppen dem König zur Verfügung gestellt hätte. Das ungarische Korrespondenzbureau wird von amtlicher Seite zu der Feststellung ermächtigt, daß obige Behauptung eine tendenziöse Erfindung ist.

Monarchistische Propaganda in Wien.

TU Wien, 31. März.

Gestern wurden in Wien gelbe Flugzettel verteilt, auf denen mit schwarzen Lettern die Monarchisten die Bevölkerung auffordern, der legitimistischen Partei beizutreten. In den Flugblättern heißt es, daß jeder anständige Mensch ein Monarchist sein könne, und daß es Aufgabe aller anständigen Menschen sei, Kaiser Karl nach der Kaiserstadt Wien zurückzurufen.

Französische Sympathien für den Habsburger.

Paris, 31. März.

Eine Anzahl Pariser Blätter drücken ihre Sympathie für den Exkaiser Karl und sein Unternehmen aus.

„Figaro“ sagt, es sei die Angelegenheit der Ungarn, ihren König zu wählen, es sei aber keine französische Angelegenheit, einen Fürsten niederzudrücken, der immer ein Freund Frankreichs und des Friedens gewesen sei. Auf Grund welchen Rechtes sprächen die Alliierten ihr Verbot gegen die Habsburger aus? Wenn die Völker das Recht hätten, über sich selbst zu verfügen, dann könnten die Ungarn die Krone des Heiligen Stephan Karl IV. oder Erzherzog Joseph anbieten. Aber Frankreichs Freunde, namentlich die Staaten der Kleinen Entente, machten aus der Thronbesteigung eines Habsburgers einen casus belli. Als entscheidendes Argument gegen Karl IV. sage man, wenn man die Habsburger nach Budapest zurücklasse, dann werde den Hohenzollern der Weg nach Berlin geöffnet. „Figaro“ sagt: vielleicht, aber dann hätte man auch Konstantin nicht nach Athen zurückkehren lassen dürfen.

Aehnlich drückt sich „Gaulois“ aus. Frankreich werde, weil es unvermeidlich sei, der Bewegung folgen, obzwar es eine Unterscheidung zwischen den Hohenzollern und den Habsburgern gemacht habe und ihm nicht unbekannt sei, daß Kaiser Karl und besonders Kaiserin Zita, niemals seine Gegner gewesen seien. Aber die Politik setze sich ja stets aus Widersprüchen und Unlogik zusammen. Man dulde Konstantin, widersetze sich aber der Thronbesteigung Kaiser Karls. Man verhandle mit dem Bolschewismus in Rußland, versöhne sich mit dem Nationalismus in der Türkei, gestatte aber den Ungarn nicht, das Regime zu wählen, das ihnen gefalle, und ihren König zurückzurufen.

Jacques Bainville sagt in der „Action Française“, man habe sich mit der Wiedereinsetzung des Schwagers von Wilhelm II. zufriedengegeben, man schreie aber über den Habsburger. Bainville würde gern andere Siege sehen als den, der darin bestehe, Kaiser Karl ins Exil zu senden.

Vor dem Ende des Kommunistenputsches?

Bericht einer Regierungskommission aus dem Aufruhrgebiet.

Berlin, 31. März.

Auf Anordnung des Reichskabinetts hatte sich eine Kommission aus Beamten des Reichsministeriums des Innern, des Reichswehrministeriums und des preußischen Ministeriums des Innern in das mitteldeutsche Aufruhrgebiet begeben, um an Ort und Stelle sich von den Ergebnissen der Polizeiaktion zu überzeugen. Ueber ihre Eindrücke ist heute in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts Bericht erstattet worden. Die Feststellungen gingen dahin, daß die Polizei ihre Aufgabe mit der größten Hingabe und in vortrefflicher Weise gelöst hat. Die Maßnahmen, die zur Unterdrückung der Bewegung getroffen worden waren, können als völlig zweckmäßig bezeichnet werden. Sie sind so schnell und kräftig durchgeführt worden, wie es die Schwierigkeit der Aufgabe zuließ, so daß ein Einsatz von Reichswehr außer den der Polizei beigegebenen Batterien im Aufstandsgebiet weder erforderlich war, noch, wenn keine Rückschläge erfolgen, fernerhin erforderlich werden wird. Zur Säuberung des Gebietes von versprengten Banden, zur Verhinderung neuer Zusammenrottungen und zur Feststellung und Festnahme der Schuldigen werden noch eine Reihe von Maßnahmen erforderlich sein, die ihrer Natur nach am besten durch die Polizei gelöst werden. Die Polizei wird daher vorerst noch in dem Aufruhrgebiet bleiben. An einzelnen Aufruhrherden außerhalb des von der Polizei befriedeten Gebiets wird nach Bedarf mit Reichswehr eingegriffen, so gegenwärtig in Liebenwerda. Zu diesem Zweck wird die Bereitstellung des Militärs zunächst beibehalten. Die Bevölkerung des heimgesuchten Gebiets kann daher mit Vertrauen auf eine baldige völlige Wiederkehr ruhiger und sicherer Verhältnisse rechnen.

Die Säuberungsaktion.

Delitzsch, 31. März.

Die „Delitzscher Zeitung“ berichtet: Der Ort Groebers ist gestern nachmittag 4 Uhr von den roten Banden kampflos geräumt worden. Sie haben sich in die Gegend von Gütz und Ammendorf zurückgezogen, wo sie sich verschanzen und plündernd und raubend umherstreifen. Der Gemeindevorsteher Hesse in Roitzschgen ist von ihnen erschossen worden. Der Hauptstützpunkt der Banden soll der Petersberg bei Halle sein. Schutzpolizei und Reichswehr ist von Halle, Bitterfel dund Delitzsch in Anmarsch. Kämpfe sind im Gange.

Leipzig, 31. März.

Aus Delitzsch wird berichtet, daß die Stadt kampflos besetzt worden ist. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Erfurt, 31. März.

Im Laufe des Mittwoch sind die beiden Kommunistenführer Förster und Orphal verhaftet worden. Die kommunistische Nachrichtenzentrale wurde ausgehoben. Von der Polizei sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden, die im Zusammenhang mit dem Eisenbahnattentat stehen; es steht fest, daß bekannte Kommunistenführer als Urheber anzusehen sind. Bei einem Kommunistenführer wurde ein Waffenlager ausgehoben, in dem sich eine größere Anzahl Gewehre, Handgranaten und Munition befanden.

München, 31. März.

Unter dem Verdacht hochverräterischer Umtriebe wurden hier sieben weitere Führer der Kommunisten festgenommen.

Stuttgart, 31. März.

Eine Anzahl Führer der kommunistischen Partei Württembergs wurden heute mittag bei einer Geheimsitzung in Anwesenheit zweier zugereister Kommunisten überrascht. Da belastendes Material vorgefunden wurde, wurden sie vorläufig in Polizeigewahrsam genommen.

Der letzte Lagebericht aus Mitteldeutschland.

Magdeburg, 31. März.

Nach einer um 7 Uhr abends von der Meldestelle beim Oberpräsidium ausgegebenen Nachricht ist in Magdeburg sowie im Regierungsbezirk alles ruhig. In einzelnen Ortschaften bei Aschersleben haben Kommunistenversammlungen stattgefunden, in denen zugereiste Agitatoren auftraten. Diese wurden festgenommen. In Merseburg und im Regierungsbezirk Merseburg herrscht Ruhe. Das Gewerkschaftskartell Merseburg hat alle Arbeiter, die dem Gewerkschaftskartell angehören, aufgefordert, sofort die Arbeit aufzunehmen. Eine Bande von ungefähr 150 Mann hat die Postkasse sowohl in Naundorf wie in Löbejün geraubt und die Telephondrähte zerschnitten. Eine Aktion gegen diese Bande ist eingeleitet. In Bitterfeld herrscht Ruhe. In Liebenwerda hat sich die Lage weiter verschärft. Es haben sich Aktionsausschüsse und rote Gerichte gebildet, welche Urteile sprechen. Eine große Aktion gegen den ganzen Kreis Liebenwerda ist im Gange. Die Aktion im Unstruttal wird weitergeführt. Im Kreise Schleusingen und in Suhl ist die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. In Halle ist alles ruhig. In Halbe haben die Arbeiter der städtischen Werke dem gestrigen Aufruf des Gewerkschaftskartells Folge geleistet und die Arbeit wieder aufgenommen. Halle hat wieder Licht und Wasser. Der Eisenbahnbetrieb von Halle nach Thüringen ist wieder aufgenommen.

Kampf zwischen Arbeitswilligen und Kommunisten.

TU Duisburg, 31. März.

Das Kruppwerk in Rheinhausen war heute morgen der Schauplatz eines blutigen Kampfes zwischen arbeitswilligen Arbeitern und Kommunisten, die seit gestern das Werk besetzt halten und gewaltsam jede Arbeit verhinderten. Heute morgen 6 Uhr wurde das Eingangstor des Werkes von einer nach tausenden zählenden Menge arbeitswilliger Arbeiter gestürmt und die Kommunisten angegriffen, von denen sechs bis acht verwundet wurden. In den Kampf griffen belgische Besatzungstruppen ein, die etwa 20 Kommunisten verhafteten und sofort abtransportierten. Die Arbeit auf dem Werk ist wieder aufgenommen.

Ausnahmezustand im linksrheinischen Zechenrevier.

Rf Düsseldorf, 31. März.

Eigener Drahtbericht.

Die belgischen Besatzungsbehörden haben über das linksrheinische Zechengebiet, wo die Kommunisten die arbeitswilligen Bergleute terrorisiierten und dadurch die Außerbetriebsetzung der Zechen und eines Teiles der Kruppschen Anlagen herbeiführten, den Ausnahmezustand verhängt, dem bei Fortdauer der kommunistischen Wühlereien der Belagerungszustand folgen soll. Das Eingreifen erfolgte auf Veranlassung der Regierungsbehörden in Düsseldorf, da auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages deutscherseits in der besetzten Zone Militär nicht gehalten werden darf und die Polizeimannschaften nicht annähernd ausreichen, um die Herrschaft der Kommunisten in dem Bezirke Mörs zu beseitigen. Die belgischen Besatzungsbehörden nahmen zahlreiche Verhaftungen vor.

Der Zusammenbruch des Generalstreiks.

TU Chemnitz, 31. März.

Die von den Kommunisten in unverantwortlicher Weise in Szene gesetzte Propaganda für den Generalstreik ist kläglich zusammengebrochen. Am Donnerstag morgen sind in allen größeren Betrieben in Chemnitz die wenigen Streikenden wieder vollzählig zur Arbeit erschienen.

Bremen, 31. März.

Der Streik bei der Aktiengesellschaft Weser ist im Abflauen begriffen. Annähernd Zweidrittel der gesamten Arbeiter sind heute morgen pünktlich zur Arbeit erschienen, wodurch die Fortsetzung des Betriebes in vollem Umfange ermöglicht wurde.

TU Remscheid, 31. März.

Die kommunistische Streikbewegung ist vollständig zusammengebrochen, da sich gestern abend auch die Mehrheit der Betriebsräte für die Wiederaufnahme der Arbeit aussprachen, blieb der kommunistischen Kampfleitung nichts anderes übrig, als den Streik sofort abzubrechen. Heute früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Essen, 31. März.

Im Rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist die Lage unverändert. Auf den Zechen des Oberbergamtsbezirkes Dortmund wird überall gearbeitet mit Ausnahme von Zeche Westfalen in Ahlen, wo etwa die Hälfte der Belegschaft nicht angefahren ist.

Essen, 31. März.

Wie von kommunistischer Seite mitgeteilt wird, hat die Streikleitung für den Westen in der vergangenen Nacht den Abbruch des Streiks beschlossen.

Dankerlaß der Regierung.

Der Reichskanzler Fehrenbach und der preußische Ministerpräsident Braun haben nachstehenden gemeinsamen Erlaß an den Polizeipräsidenten in Berlin und den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen gerichtet:

Berlin, den 29. März 1921.

Irregeleitete Elemente unseres Volkes haben in den verschiedensten Teilen Deutschlands versucht, die staatliche Ordnung aufs Schwerste zu erschüttern und die allmähliche Gesundung unseres darniederliegenden Wirtschaftslebens zu stören. Neben der Provinz Sachsen, wo diese Bestrebungen den stärksten Widerhall gefunden haben, ist es in der Reichshauptstadt und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zu schweren Ausschreitungen und zur Auflehnung gegen die Staatsgewalt gekommen. Durch das tatkräftige Eingreifen der Schutzpolizei ist es gelungen, die dem Lande und der Bevölkerung drohende Gefahr rechtzeitig im Keime zu ersticken.

Bei dauernder, tagelanger Bereitschaft hat die Schutzpolizei in aufreibendem Dienst und treuer Pflichterfüllung die ihr gestellte Aufgabe, wenn auch unter beklagenswerten Opfern, durchgeführt und dadurch bewiesen, daß sie ein festes Werkzeug in der Hand der Regierung ist und ihre ganze Kraft eingesetzt hat, um ihr Treugelöbnis zur Verfassung zu erfüllen. Nur den opferwilligen Leistungen der Beamtenschaft und der umsichtigen Führung ist der Erfolg zuzuschreiben.

Im Namen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung sprechen wir allen Beteiligten unsern Dank und unsere Anerkennung aus.

Der Reichskanzler.
gez.: Fehrenbach.

Der Präsident des Staatsministeriums.
gez.: Braun.

Ein fast gleichlautender gemeinsamer Dankerlaß der Reichsregierung und der preußischen Regierung ist an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen gerichtet worden.

Bayern und das Reich.

TU München, 31. März.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Wutzelhofer erklärte in einer Versammlung des bayerischen Bauernbundes: Die jüngsten Ereignisse in Mitteldeutschland hätten neuerdings bewiesen, daß der Standpunkt der bayerischen Regierung der Richtige sei. Eine Trennung Bayerns vom Reiche sei niemals beabsichtigt gewesen. Bayern wolle sich nur nicht bevormunden lassen. Als gute Deutsche würden wir aber immer auch gute Bayern bleiben.

Oberschlesien und die Kriegsentschädigung.

Von
dr. Erwin Respondek,
im Reichsfinanzministerium.

Es ist doch seltsam, mit welchem Geschick und vorsorglichem Blick die französische Presse das Schicksal Oberschlesiens immer wieder zugunsten des polnischen Verbündeten zu lösen versucht. Noch bevor das Abstimmungsergebnis vorlag, hat diese Presse in bestimmten Ausführungen ihre Meinung dahin ausgesprochen, daß, gleichgültig wie das Abstimmungsergebnis auch auslaufe, eine Teilung des Industriegebietes unausbleiblich sei. In den verschiedensten Formen wurde eine solche Lösung der oberschlesischen Frage den Politikern und Staatsmännern der Welt nahegebracht. Früher, als der polnische Großagitator Korfanty noch die Hoffnung hatte, daß er dank seiner wohlorganisierten Terrorbanden auf ein günstiges Ergebnis der Abstimmung hoffen durfte, hieß es in der französischen Presse und zu einem Teil auch in der sie unterstützenden gesinnungsverwandten englischen, daß Oberschlesien in allen seinen Kreisen so eng miteinander zusammenhänge, daß sie nicht auseinandergerissen werden dürften. Sowohl die wirtschaftlichen als auch die geographischen Bedingungen zeugten dafür, daß das Land nicht zu teilen sei. Als aber die Entscheidung herannahte und die Gegenseite fühlte, daß tatsächlich durch die Stimme das Los Oberschlesiens bestimmt würde und nicht durch einen Gewaltakt, wandelten sich alle Sachverständigen und priesen das Gegenteil als das einzig Wahre und Richtige. Und heut, da der Volksentscheid so klar und bestimmt die künftige staatliche Zusammengehörigkeit Oberschlesiens ausgesprochen hat, kämpft die ganze verbündete Presse Polens und Frankreichs für die Teilung eines unteilbaren Landes; und wieder sind es die gleichen ökonomischen und geographischen Beweisgründe, die jene demagogischen Hetzapostel der Welt vor die Augen führen. Sie fordern, daß der Oberste Rat den Polen betriebsfähige Gruben und Hütten zuteile, ja, sie entblöden sich nicht, diese Forderung nicht allein mit dem für sie ungünstigen Abstimmungsergebnis, sondern auch ganz offen mit dem politischen Bündnis Frankreichs und Polens zu rechtfertigen. Frankreich hat weitgehende politische Versprechungen an die neue Republik Polen gegeben. Frankreich will — und es sagt, aus selbstloser Liebe zur polnischen Nation — Polen militärisch stark und wirtschaftlich frei machen; Frankreich will, daß Polen als ein starker Pufferstaat zwischen dem zerrütteten und schwachen Rußland und Deutschland seine militärischen Ziele mittragen helfe. So tritt es jetzt dafür ein, unterstützt durch die Lügen und Fälschungen des politischen Agitators Korfanty, daß der ganze Ostteil Oberschlesiens, also rechts der Oder, an Polen fallen solle. Man begnügt sich bei diesem Unternehmen also nicht damit, die Kreise Pleß und Rybnik, die eine absolute polnische Mehrheit gebracht haben, zu fordern, sondern man will auch das Industriegebiet mit seinen kostbaren Bodenschätzen, das landschaftlich so wertvolle Gebiet von Lublinitz, Rosenberg, Kreuzburg, Oppeln usw. für Polen beanspruchen. Und dies, obwohl in den eigentlichen Industriekreisen Kattowitz, Beuthen, Königshütte, Gleiwitz, Hindenburg 286 000 deutschen Stimmen nur 229 000 polnische Stimmen gegenüberstehen, während in den genannten landwirtschaftlichen Kreisen eine deutsche Stimmenmehrheit von 70,80, ja stellenweise 90 Prozent erzielt wurde.

Besonders laut fordert die polnisch-französische Propaganda die Kreise Pleß und Rybnik, die wirtschaftlich von höchster Bedeutung sind. In ihnen allein sind nach den vorsichtigen Schätzungen der Sachverständigen die größten Kohlenflöze; aus ihnen allein glaubt man, an 42 Milliarden Tonnen Flöze bergen zu können, das sind ⅘ des Gesamtvorrates an abbauwürdigen Flözen in Oberschlesien. Der eigentliche Industriebezirk, dessen Industriebevölkerung sich mit etwa 62 Prozent für den Verbleib bei Deutschland ausgesprochen hat (also die Kreise Kattowitz, Beuthen, Königshütte, Gleiwitz, Hindenburg usw.), fassen nur etwa 7 Milliarden Tonnen oder den 9. Teil des oberschlesischen Kohlenvorkommens. Es ist ersichtlich, daß gerade dieser Industriebezirk ganz und gar auf den Bezug aus den anderen oberschlesischen Kohlenkreisen angewiesen ist. Hier würde die politische Linienführung die natürlichen geographischen und damit die gegebene wirtschaftliche Einheit auf das brutalste verletzen. Ein solcher willkürlicher Schnitt in die politische Karte Oberschlesiens würde auch noch andere schädliche ökonomische Auswirkungen haben. Dabei drängt sich weniger die an sich wichtige Frage auf, wie und ob Polen überhaupt in der Lage wäre, diese südlichen Kreise industriell zu erschließen. Polen hat kein freies Kapital, um eine solche ökonomische Arbeit in Angriff nehmen zu können; ihm fehlen zudem auch alle Voraussetzungen hierfür, im Material- und im Menschenbestand. Es sei nur an das Grubenholz erinnert, an die Legung von Eisenbahnlinien, an die Wasserversorgung, an die rationelle Anlage von Transportmitteln und Wasserstraßen, schließlich an die industrielle Organisation überhaupt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß im Kreise Rybnik ein wichtiges Kohlenbergwerk liegt, die Rybniker Steinkohlengewerkschaft, der eine Kokereigewinnung angeschlossen ist; sie gehört zum Konzern von Friedländer-Fuld. Im übrigen ist aber in diesen beiden Kreisen noch keinerlei industrielle Entfaltung zu beobachten.

Rybnik und Pleß aus wirtschaftlichen Gründen Polen zuzuschlagen, ist nicht allein eine sachlich unbegründete Forderung. Diese Forderung stellt vielmehr den Höhepunkt der großpolnischen Agitation für eine Zerstörung der oberschlesischen Volkseinheit dar. Die unerhört zügellose, sittlich geradezu schamlose Abstimmungspropaganda des polnischen Demagogen Korfanty hat die Psyche des Oberschlesiers polnischer Zunge, der kein Nationalpole ist, zu dem ihn gern die Warschauer Agitatoren in der Welt stempeln möchten, zerstört. Die Oberschlesier, deutscher und polnischer Zunge, denen die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung ihrer Heimat am Herzen liegt und die sich in diesem Kampf die Objektivität gewahrt haben, erfaßt ein Grausen, wenn sie heut dieses Trümmerfeld überblicken. Es wird jahrelanger schwerer und ermüdlicher Arbeit bedürfen, um die Menschen